

Aufgelöst



Die Liste Vollversammlung gibt es nicht mehr. Fachschaftsaktive wollen weiter für den Senat kandidieren. Seite 2

Aufgelegt



Wie DJ René Rosenkranz das Prinzip Kopfhörerparty nach Deutschland und nach Bochum brachte: Seite 3

Aufgebracht



In Spanien sollen Demo-AnmelderInnen zukünftig für alles verantwortlich sein, was passiert. Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter www.bszone.de

Initiativen protestieren gegen AStA-Förderpolitik

Lokale Extremismusklausel?

(rvr) Gegenwind für die neue RUB-Studierendenvertretung: 28 bisherige Kooperationspartner*innen des Bochumer Uni-AStA protestieren gegen neue Regeln zur AStA-Initiativenförderung. Der Hintergrund: In ihrem Koalitionsvertrag verlangen die Listen Nawi, Jusos, Internationale Liste und Gewi von ihren Bündnispartner*innen ein Bekenntnis „zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ – andernfalls soll es keine finanzielle Unterstützung mehr geben.

Darüber hinaus soll jede Initiative erklären, dass sie diese Grundordnung „in keiner Weise ablehnt, oder Tendenzen der Abschaffung dieser verfolgt“. Die Initiativen werfen dem AStA vor, damit die hochumstrittene Extremismusklausel von CDU-Familienministerin Kristina Schröder zu kopieren und die Initiativenförderung politisch zu ideologisieren. Der AStA fühlt sich dagegen missverstanden und kündigt „Nachbesserungen“ an – allerdings nur an der Formulierung der Klausel.

Widerstand gegen „Bekenntniszwang“

Es sind durchaus bedeutsame Gruppen und Institutionen, die öffentlich gegen die neue AStA-Politik protestieren: Die Bezirksschüler*innenvertretung Bochum ist dabei, die Campusbüros des DGB und der Bildungsgewerkschaft GEW ebenso, und auch die soziokulturellen Zentren Bahnhof Langendreer und Trotz Allem (Witten) haben unterschrieben. Außerdem unterstützen 23 weitere Initiativen aus dem Kultur-, Politik- und Sozialbereich den offenen Brief. Der Vorwurf: „In unseren Augen



Keine Lippenbekenntnisse: Initiativen wehren sich gegen Generalverdacht.

Foto: Chs

behindert der AStA mit dem eingeforderten Bekenntniszwang die Arbeit der Initiativen und stellt ihr Engagement unter einen Generalverdacht. Dagegen wehren wir uns.“

In den Augen der Initiativen positioniert sich der AStA unheilvoll in einer entscheidenden politischen Auseinandersetzung. Auf Bundesebene wehren sich zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Bildungsträger und selbst Parteien wie die SPD und die Grünen gegen den CDU-Vorstoß, Extremismusklauseln in öffentlichen Förderrichtlinien zu verankern. „Fakt ist, dass [Bundesfamilienministerin Kristina] Schröder mit der Regelung vor allem Initiativen gegen Rechts in die Knie zwingt – und das in einer Zeit, wo im Gegenteil mehr Engagement in diesem Bereich dringend notwendig wäre“, schreiben die Bochumer Initiativen in ihrem offenen Brief. „Unserer Meinung nach ist es nicht akzeptabel, dass ein AStA an der Ruhr-Uni nun

ebenfalls solch eine vorurteilsbeladene und schädliche Praxis einführt.“

„Nicht förderungswürdig“

Der AStA versucht dagegen den Eindruck zu zerstreuen, das eingeforderte Gesinnungsbekenntnis entspreche dem massiv umstrittenen CDU-Vorstoß auf Bundesebene. In einer Stellungnahme, die der AStA auch als Flugblatt in der Mensa verteilen ließ, schreibt er: „Fakt ist, dass die Richtlinie zur Initiativenförderung in keinem Zusammenhang mit der ‚Extremismusklausel‘ von Christiane (gemeint ist Kristina, d. Red.) Schröder steht.“ Bereits vergangene Woche, noch bevor ihn das Protestschreiben der Initiativen erreichte, hatte der AStA-Vorsitzende Dirk Loose im bsz-Interview erklärt: Der AStA beziehe sich mit der Klausel nicht auf die aktuelle Auseinandersetzung über den Extremismusbegriff, sondern auf ein Bundesverfassungsgerichtsurteil aus den 1950er Jahren, das die „Freiheitlich-demokratische Grundordnung“ definiere.

In der aktuellen Erklärung betont die Koalition nun ausdrücklich: „Jeder, der diese Werte nicht teilt, ist nicht förderungswürdig und dazu steht der neue AStA.“ Gegenüber der bsz zeigten sich VertreterInnen einzelner Initiativen empört über diese implizite Unterstellung. An der Kritik gebe es nichts zurückzunehmen, stellte etwa ein Vertreter des Protestplenums an der Ruhr-Uni fest.

Der AStA-Vorsitzende Dirk Loose betont, das Gespräch mit den Initiativen zu suchen. Was er den Gruppen allerdings außer einer vollständigen Rücknahme der Klausel anbieten kann, ist unklar. Schließlich hatten die Initiativen in ihrem offenen Brief erklärt: „Wir werden das vom neuen AStA geforderte Gesinnungsbekenntnis nicht ableisten. Denn für unser – hauptsächlich ehrenamtliches – kulturelles, politisches und soziales Engagement müssen wir uns nicht rechtfertigen. Gleichzeitig fordern wir den AStA nachdrücklich dazu auf, seinen satzungsgemäßen Aufgaben gerecht zu werden und die Initiativen ungeachtet dessen wie bisher zu fördern.“

Tatsächlich ist in der Satzung der Studierendenschaft ausdrücklich festgelegt, dass sie unter anderem den Zweck hat, „die Bereitschaft zur aktiven Toleranz und die politische Bildung ihrer Mitglieder zu fördern, kulturelle Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen, sich für die aktive Sicherung des Friedens in der Welt einzusetzen, die Diskussion und die Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen zu ermöglichen“. All das könnten die AStA-Referent*innen unmöglich alleine leisten. Daher gehöre eine umfassende Initiativenförderung zu den Kernaufgaben eines AStAs, so lautet eines der Hauptargumente des offenen Briefs.

„Tanz in den Mai“ diesmal ganz anders

Parade der Prekarisierten

(rvr) Nach zwei Mal Dortmund jetzt also Bochum: Insgesamt 40 Gruppen und Initiativen rufen zum 3. Euromayday Ruhr auf. Was sich dahinter verbirgt? Ein politischer Straßenrave am Vorabend zum 1. Mai. Drei Lastwagen mit fetten Soundsystems, Clowns, eine bunte Menschenmenge – die Parade wird vom Buddenbergplatz am Bochumer Hauptbahnhof durch das Bermuda-Dreieck bis zum Westpark ziehen, und dabei gegen unsichere Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse demonstrieren. Mittanzen ist ausdrücklich erwünscht.

Kein festgezurrt politisches Programm, aber dennoch eine Botschaft: Der Euromayday sammelt all diejenigen, die sich von den Bier- und Bratwurstkundgebungen des DGB nicht mehr vertreten fühlen: Studierende, Praktikant*innen, angeblich selbstständig Beschäftigte aus dem Kultur-, Medien- und Sozialbereich, die häufig ohne soziale Absicherung arbeiten müssen. In einer aufmüpfigen Parade will das Euromayday-Bündnis Menschen zusammenbringen, die von ganz unterschiedlichen Formen prekären Lebens betroffen sind – egal ob sie mit dem Laptop oder dem Wischmopp ihr Geld verdienen, oder ob sie schon ganz aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt sind.

Seit 2010 auch im Ruhrgebiet

Inzwischen hat die neue Aktionsform selbst schon eine Tradition. Der erste



1. Mai 2011: 1.000 Menschen tanzen durch die dortmunder Nordstadt. Am Vorabend zum 1. Mai ist dieses Jahr Bochum dran.

Foto: rvr

Euromayday fand vor elf Jahren in Mailand statt, seitdem sind die aktionistischen Umzüge zu einem europaweiten Phänomen geworden. Im Jahr 2004 nahmen bereits insgesamt 100.000 Menschen an den unterschiedlichen lokalen Paraden teil. In Deutschland machte der Euromayday zunächst vor allem in Berlin und Hamburg von sich reden. Im Kulturhauptstadtjahr 2010 organisierte ein lokales Bündnis dann auch erstmals eine Parade im Ruhrgebiet, um einen kritischen Kon-

trapunkt zu der Kreativwirtschafts-Lobhudelei des Mega-Events zu setzen. Im vergangenen Jahr zog der Euromayday erneut durch Dortmund – mit über 1.000 Teilnehmer*innen.

Nicht verwechseln

Dass das ursprünglich aus Italien stammende Polit-Straßenspektakel einen ähnlichen Namen trägt wie der große kommerzielle Indoor-Rave Mayday in den Westfalenhallen, das ist Zufall.

Allerdings stammen auch viele der am Euromayday beteiligten DJs aus der Electroszene. Was dem Bündnis aus Kultur-, Sozial- und Politinitiativen vorschwebt, ist eine Party der Prekarisierten, die gleichzeitig auch Ausgangspunkt für weitere künstlerische und politische Aktionen sein kann. Das offene Prinzip ist Kern des Konzepts: Zwischen den DJ-Sets gibt es keine klassischen Demo-Redebeiträge, sondern Aktive aus verschiedenen Initiativen werden interviewt. Das Bündnis bereitet außerdem große Papp-Sprechblasen vor, auf welche die Teilnehmer*innen auch ganz spontan vor Ort ihre eigenen Gedanken und Forderungen schreiben können.

Damit steht der Euromayday zwar nicht im Widerspruch zu den klassischen Gewerkschaftskundgebungen zum 1. Mai, setzt aber andere Duftmarken: Es geht nämlich nicht nur um Arbeiter*innen und Angestellte, sondern auch um die Millionen Arbeitslosen. Und um kaum bezahlte Uni-Dozent*innen ohne festen Vertrag, und um die, die als Dauer-Praktikant*innen ausgebeutet werden. Außerdem, das ist den Verantwortlichen wichtig, soll der Euromayday auch ein Forum für jene Gruppen sein, die noch viel stärker von Prekarisierung betroffen sind: Etwa Migrant*innen, die häufig keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben, oder Wohnungsloseninitiativen, die mit massiven gesellschaftlichen Vorurteilen zu kämpfen haben.

:boinkürze

Klage gegen Schlecker

(fik) Eine Verkäuferin war über 20 Jahre bei Schlecker im Bochumer Osten beschäftigt – ohne unbefristeten Vertrag. 50 Zeitverträge reihten sich aneinander, der letzte dauerte von Oktober bis zum 30. Dezember 2011. Die Verkäuferin bekam nicht einmal eine Kündigung, ihr Vertrag lief einfach aus. Schlecker ist mittlerweile in einem Insolvenzverfahren und 14 der bisher 20 Bochumer Filialen wurden bereits geschlossen. Nun hat die Familienmutter gegen Schlecker geklagt. Der zuständige Richter sprach mit Unverständnis von einer „unzulässigen Dauerververtretung“. Außerdem gab es in den Verträgen keine Sachbegründung für die Befristung. Aus der Sicht von Schlecker verlief alles korrekt: Die Verkäuferin wäre als Urlaubsvertretung eingesetzt worden. Sie bekam vor Gericht nun Recht und muss weiter beschäftigt werden. Ob sie in einer der Bochumer Filialen arbeiten kann oder in einer Nachbarstadt, ist noch unklar. Die Schlecker-Verkäuferin wollte schon viel früher klagen, hatte aber Angst davor, entlassen zu werden. Demnächst verhandelt das Bochumer Arbeitsgericht 14 weitere Klagen von Schlecker-Mitarbeiterinnen.

bsz aktuell**Gewalt gegen
Rettungskräfte**

(fik) 98 Prozent der Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen haben bereits verbale Aggressionen erlebt. 59 Prozent sogar physische Gewalt. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie der Ruhr-Universität Bochum in Kooperation mit der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen. Die erste repräsentative Studie in diesem Gebiet für NRW erstellte Julia Schmidt vom Lehrstuhl für Kriminologie. Besonders interessant ist, dass Demonstrationen keine besondere Rolle bei Übergriffen gegen Rettungskräfte spielen. Der öffentliche und der private Raum unterscheiden sich bei der Häufigkeit der Aggressionen kaum. Auch, dass mehr als jeder vierte Übergriff in bürgerlichen Wohngebieten geschah war überraschend. Eine weitere Erkenntnis war, dass die Rettungsdienste oft nicht auf solche Situationen vorbereitet waren. Zielgerichtete Präventionsmaßnahmen müssen erst noch entwickelt werden.

**Piraten rudern
zurück**

(fik) Ein Bürgerbegehren zum geplanten Musikzentrum ist aus Sicht der Bochumer Piraten nicht mehr möglich. Deswegen haben sie ihre Pläne diesbezüglich eingestellt. Damit folgte die Partei der Einschätzung von Expert*innen und der Stadtverwaltung Bochum. Das Bürgerbegehren ist rechtlich nicht zulässig, da dafür die Fristen bereits deutlich abgelaufen sind. Die Piraten wollen nun eine Bürgerbefragung durchführen. Jedoch habe die Befragung keinen rechtlichen Einfluss, sie kann nur Druck auf die Parteien im Bochumer Rat ausüben. Die Bochumer Grünen verlangen weiterhin einen Ratsbürgerentscheid, den die Piraten auch unterstützen. Hier würde der Rat beschließen, alle Bürger*innen zu befragen, ob das Musikzentrum gebaut werden soll. Dazu bedarf es jedoch einer Zweidrittel-Mehrheit im Stadtrat. SPD und CDU verweigern sich dem Ratsbürgerentscheid und somit ist die erforderliche Mehrheit ausgeschlossen. Vielleicht kann die Unterschriftensammlung der Piraten weiteren Druck auf die Parteien ausüben, um den Ratsbürgerentscheid doch noch möglich zu machen.

**Internetportal zu
PCB**

(fik) In der vergangenen Woche wurde veröffentlicht, dass viele Räume der Ruhr-Universität mit PCB belastet sind (die bsz berichtete). Die Raumluftmessungen seit Anfang der 2000er Jahre bestätigen besonders in den Gebäuden der Naturwissenschaften erhöhte PCB-Werte. Nun hat die RUB ein Internetportal ins Leben gerufen, um Angestellte und Studierende zu informieren. Unter www.ruhr-uni-bochum.de/pcb finden sich umfangreiche Tabellen früherer und aktueller Messwerte sowie die Präsentationsfolien der PCB-Infomationsveranstaltung vom 20. April. Die Homepage ist jedoch nur von einer RUB-internen IP-Adresse aufrufbar. Gesundheitsgefährdende Werte wurden in einigen wenigen Räumen des Gebäudes NA ermittelt. Die Räume wurden sofort geschlossen und gereinigt. Für die Uni-Leitung und den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW besteht auch in einigen anderen Räumen Handlungsbedarf.

Am 3. Mai: Kundgebung von Pro NRW in Bochum**Proteste gegen RassistInnen**

(Mnd) Die rechtspopulistische Partei Pro NRW setzt zum Endspurt an. Wegen fehlender finanzieller Mittel versuchen die Islamfeinde um den Rechtsanwalt Markus Beisicht, mit gezielten Provokationen Aufmerksamkeit zu erregen. Die selbsternannte Bürgerbewegung inszeniert sich im Wahlkampf als Opfer, neuerdings soll es gar einen „Mordanschlag“ gegeben haben. Im Zuge ihrer „Freiheit-statt-Islam“-Tour, bei welcher die RechtspopulistInnen vor nordrhein-westfälischen Moscheen aufmarschieren wollen, dürfte der Gegenwind allerdings stärker werden. Am 3. Mai kommen die RassistInnen nach Bochum.

„Wir stehen nicht links und nicht rechts, sondern wir setzen uns zuerst für die Belange des eigenen Volks ein“, sagt Markus Beisicht. Der Vorsitzende von Pro NRW ist stets bemüht, die bürgerliche Fassade seiner Partei aufrecht zu erhalten. Am 13. Mai will Pro NRW in den Düsseldorfer Landtag einziehen, DemoskopInnen räumen ihnen keine Chancen ein. Nun ist Markus Beisicht kein unbeschriebenes Blatt, er hat eine stramm rechte Vergangenheit. So war er in den neunziger Jahren Vorsitzender der rechtsradikalen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. In dieser Funktion etwa setzte er ein Kopfgeld auf eine Frau aus, die von Abschiebung bedroht war. Auch war er in mehreren Verfahren Strafverteidiger des Neonazi-„Führers“ Axel Reitz, Spitzname „Hitler von Köln“. Auch ist er Autor bei „kreuz.net“, ein Internetblog, das immer wieder durch homophobe, rassistische und antisemitische Hetze auffällt. Im Zuge der französischen Präsidentschaftswahlen unterstützte er jüngst die rechtsradikale Partei „Front National“.

„Totalitäre Gleichschaltung“

Dieser Mann also möchte für eine neue Mitte stehen, „nicht links und nicht rechts“. Nach eigenen Angaben habe man bereits „20.000 Plakate zum Einsatz gebracht und über 500.000 Wahlpostkarten verteilt.“ Demokratische Gegenwehr wird pauschal als Ergebnis der „Hetze“ der „Altparteien“ dargestellt, man werde von „Polithooligans mit Migrationshintergrund“ sabotiert. Die Partei betont, wie „inhaltsleer“ der Wahlkampf der politischen Konkurrenz sei, und nennt als Beispiel den SPD-Slogan „Currywurst ist SPD“. Selbst aber plakatiert man „NRW wählt die D-Mark“, als sei Währungspolitik Ländersache. Neben ihrer nationalistischen Europafeindlichkeit, im Zuge derer die Partei in nationalsozialistischer Terminologie von einer „totalitären Gleichschaltung“ spricht, konzentriert man sich auf seine „Kernkompetenz“: Stumpfe Stimmungsmache gegen MigrantInnen.

AntifaschistInnen mobilisieren

Ganze 25 Stationen sind für die sogenannte „Freiheit-statt-Islam“-Tour geplant. Neben Kundgebungen vor Moscheen gibt es dort auch einen „islamkritischen“ Karikaturenwettbewerb. Antifaschistische Gruppen mobilisieren zu entschiedenen Gegenprotesten. Unter dem Motto „No Way! Pro NRW in Bochum entgegentreten!“ wirbt etwa die Antifaschistische Jugend Bochum (AJB) für Demonstrationen gegen die Rechten. In einer Stellungnahme heißt es: „Auch wenn nicht damit gerechnet werden kann, dass ‚Pro NRW‘ die 5%-Hürde knackt und somit nicht in den Landtag einziehen wird, ist



Antimuslimischer Rassismus als Wahlkampfshow: Pro NRW-Vorsitzender Markus Beisicht.

Foto: Flickr by strassenstriche.net, (CC BY-NC 2.0)

es wichtig, einer geistigen Brandstiftung und denen, die sie verursachen, vorzubeugen und sich entgegenzustellen.“ Die antifaschistische Kundgebung startet am 3. Mai um 10.00 Uhr am Südring/Ecke Humboldtstraße.

Unterdessen versucht Beisicht weiter, KritikerInnen zu denunzieren. So sieht die Partei den WDR als „Staatsfunk (...) im Kampf gegen Pro NRW“, weil dieser die rassistische „Bürgerbewegung“ am 2. Mai angeblich nicht zur „WDR-Wahlarena“ eingeladen habe. Pro NRW-Generalsekretär Markus Wiener erklärte dazu, man habe bereits „Klage eingereicht“. Auch sei ein „Mordanschlag“ auf

Pro NRWler verübt worden. Ein „Täter, offenbar mit Migrationshintergrund“ sei mit seinem Auto auf eine Leiter zugerast, auf der ein Pro NRWler gerade ein Plakat befestigte. Dabei sei die Person gestürzt, jedoch „wie durch ein Wunder“ unverletzt geblieben. Beisicht, dessen Partei auch in Zeiten von „NSU“-Morden und Breivik-Prozess unbeirrt weiter geistige Munition für rechtsradikale Gewalttaten liefert, fragt in Richtung der „Altparteien und Medien“: „Wann werden diese Damen und Herren wohl zufrieden sein? Wenn es den ersten Toten gegeben hat?“ MigrantInnen freilich meint er damit nicht.

Die Liste Vollversammlung hat sich aufgelöst**Neuanfang in den Uni-Gremien**

(fik/rvr) Was tun, wenn ein eigentlich spektrenübergreifendes Bündnis kurz davor steht, von einer einzigen politischen Strömung übernommen zu werden? Auf einem sehr gut besuchten Treffen hat die Liste Vollversammlung (LVV) beschlossen, sich selbst aufzulösen. Damit endet an der Ruhr-Uni eine Ära. Die LVV trat seit über einem Jahrzehnt zur Senatswahl an und stellte bis zuletzt die meisten studentischen Senator*innen. Mit der Auflösung der Liste wollen die FachschafterInnen verhindern, dass VertreterInnen der aktuell AStA-tragenden Gruppierungen die ursprünglich viel breiter aufgestellte Liste übernehmen.

„Der AStA hatte vor, die Rolle der FachschafterInnenkonferenz aus der Satzung der LVV zu streichen und somit die Fachschaften zu schwächen“, kritisiert Christopher Graw vom Fachschaftsrat Mathematik. „Wir konnten die Übernahme der LVV durch den Nawi-AStA einfach nicht zulassen“, sagt Yang Markwart aus dem Fachschaftsrat Ostasienwissenschaften. Noch bevor der neue Satzungsentwurf besprochen werden konnte, stellten Fachschafter*innen deshalb den Antrag auf Auflösung der LVV. Mit 69 Ja-Stimmen stimmte die übergroße Mehrheit dem Schlussstrich zu.

Studentische Bündnispolitik

Dabei war der ursprüngliche Gedanke hinter der Liste Vollversammlung so einfach wie bestechend: Die aktuellen Gesetze sehen vor, dass die Studierenden nur vier der insgesamt 25 Sitze im Senat besetzen dürfen. Sie befinden sich gegenüber den Professor*innen also grundsätzlich in einer strukturellen Minderheit. Deshalb, so die Überlegung, sollten wenigstens diese vier studentischen Senator*innen breit aufgestellt sein und mit einer Stimme sprechen. Über Jahre hinweg lief das recht



Bauertrick gescheitert: Eine neue Fachschaftenliste soll künftig studentische Interessen im Senat vertreten. Foto: Jose Daniel Martinez/fotopedia.com (CC BY-NC-SA 3.0)

gut: Während sich zum Beispiel Listen wie die SPD-nahe TuWas-Liste und die linken Listen in der Auseinandersetzung um den AStA zerstritten, arbeiteten sie im Senat immer wieder zusammen.

Mit einer Stimme sprechen

In den vergangenen Jahren lief die Arbeit der LVV aber zunehmend schlechter. Weniger Aktive als in der Vergangenheit trafen auf größere strukturelle Probleme. Traditionell waren es vor allem der CDU-nahe RCDS und die FDP-nahen Liberalen, die gegen das breite Fachschaftenbündnis antraten. Jüngst gesellte sich die Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure (Nawi) dazu. Über Jahrzehnte hinweg war der CDU- und FDP-Nachwuchs gegen die Fachschaften weitgehend chancenlos bei den Senatswahlen gewesen. Dagegen konnte die Nawi deutlicher von der Schwäche der LVV profitieren. Zuletzt holte die selbsternannte Naturwissenschaftler-Liste,

die aktuell auch den AStA-Vorsitz stellt, einen der vier studentischen Sitze der eigentlich strömungsübergreifenden Liste „Vollversammlung“ bei den Senatswahlen. In der Folge zerfiel die LVV weiter: Ein gewählter Senator arbeitet mittlerweile nicht mehr mit, eine andere Senatorin ist inzwischen gar AStA-Referentin für die Nawi, und die letzte übriggebliebene LVV-Senatorin ist Gremienberaterin des Nawi-AStA. Dass eine eigentlich konkurrierende Liste die Liste „Vollversammlung“ damit faktisch übernahm, stieß in einigen Fachschaften auf große Skepsis.

Die LVV ist tot

Die Konsequenz: Aus den Reihen der Fachschaften kam die Forderung, die Liste „Vollversammlung“ auch formal aufzulösen, da das dahinter stehende Bündnis faktisch nicht mehr existiere. Dagegen strebten Vertreter*innen des neuen AStA und seine Gremienberaterinnen an, der Liste

eine neue Satzung zu geben, um sie nach ihren Vorstellungen umzustrukturieren. Jedoch konnten insbesondere Aktive aus den Fachschaften Ostasienwissenschaften (OAW), Umwelttechnik und Ressourcenmanagement (UTRM) und Mathematik genug weitere Fachschafter*innen und andere Aktive zu der Sitzung mobilisieren, um die Übernahme zu verhindern.

Es lebe die FSVK-Liste

Am selben Abend stellten aktive FachschafterInnen auf der Sitzung der Fachschafter*innen-Konferenz (FSVK) ihre Pläne für eine neue an der studentischen Basis verankerten Senatsliste vor. „Wir wollen die klare Bindung der neuen Liste an die FSVK stärken“, sagt Sonja Merkl von der OAW. „Alle Fachschaftsräte können eine Person bestimmen, die das Stimmrecht der Fachschaft wahrnimmt. So kann auch vermieden werden, dass eine einzelne Gruppe die FSVK-Liste einfach übernehmen oder für ihre Interessen missbrauchen kann“, sagt Yang Markwart.

Wie geht es weiter? Auf der nächsten FSVK-Sitzung wird inhaltlich über die Satzung der neuen Senatsliste diskutiert und eine Woche später über diese abgestimmt. Die FSVK-Liste hat bereits starke Fachschaften im Rücken, und auch die hochschulpolitischen Listen RUB-Piraten, die Linke Liste, die Liste Schöner Wohnen in Bochum und die Grüne Hochschulgruppe haben signalisiert, dass sie die Aktiven der neuen Fachschaftenliste unterstützen wollen. Die aktuellen AStA-Listen haben sich dagegen noch nicht eindeutig positioniert. Ob die Nawi zum Beispiel weiter gegen die Fachschaften antreten will, eventuell sogar gemeinsam mit den anderen im Minderheiten-AStA vertretenen Listen sowie dem RCDS und den Jungen Liberalen, ist noch unklar.

Wie die Kopfhörerparty nach Bochum kam

Fett watt auf die Ohren

(CMP) Ist das jetzt Flashmob oder was? Hunderte von jungen Menschen blockieren die Straße und tanzen in der Stille. Nur hin und wieder schreit jemand auf. „Beat it“ oder „Remmi Demmi“ ist zu hören. Die Kopfhörerparty hält auch im vierten Jahr Bochum in ihrem Bann. Initiator DJ René Rosenkranz erzählt, warum und wie alles kam.

Bochum-Total im Jahr 2009: René Rosenkranz betreibt zusammen mit Thomas Kibilka das Café Zacher in der Brüderstraße. Wie jedes Jahr organisiert Rosenkranz (aka DJ Renate von Rosen) ein opulentes Programm für den Off-Sektor in der Brüderstraße. Für dieses Jahr hat er sich etwas ganz Besonderes ausgedacht. Neben diversen Turntable-Rockers soll es zur ersten Bochumer Burleske-Party kommen. Das Medienecho ist riesig. So riesig, dass eine Woche vor der großen Sause das Ordnungsamt im Zacher erscheint und kurzerhand das ganze (dreitägige) Programm untersagt. Keine Partys, keine laute Musik nach 22 Uhr, so lautet die Losung.

Doch Rosenkranz ist keiner, der sich von solchen Widrigkeiten abschrecken lässt. „Natürlich hab ich ein paar Tage durchgesoffen, aber dann hatte ich diese geile Idee.“ Ein paar Wochen zuvor hatte er auf dem Pink-Pop-Festival im niederländischen Landgraaf zum ersten Mal eine Kopfhörerparty miterlebt. „Das war der Knaller da“, so Rosenkranz. Schnell war aus der Not die Idee geboren, das Ganze nach Deutschland zu importieren. Damit betrat der Bochumer DJ vor vier Jahren Neuland. „Es gab ja noch Niemanden, der in Deutschland Funkkopfhörer in großer Zahl vermietet.“ So kam es zum zweiten Geistesblitz. Rosenkranz ließ sich bei der Bundesnetzagentur für drei Tage eine Radiofrequenz

genehmigen. Über einen kleinen Empfänger konnte somit auf reguläre drahtlose Kopfhörer gesendet werden. Selbst mit vielen Handys konnte der Sound empfangen werden. Die Begeisterung war grenzenlos. „Selbst das Ordnungsamt war begeistert“, so Rosenkranz, der über Nacht einen landesweiten Trend losgetreten hatte.

Sound in Silence

Seitdem hat sich vieles verändert. Kopfhörerpartys gibt es nunmehr landauf und landab zu Hauf. Und auch Funkkopfhörer, für die man keine Sondergenehmigung mehr braucht, sind mittlerweile mit zwei oder sogar drei Kanälen (zum Switchen zwischen mehreren zeitgleichen DJ-Sets) in großer Stückzahl ausleihbar. „Zwar hatte die Radiofrequenz eine größere Reichweite, aber Funk ist bei mehreren DJ-Sets komfortabler“, so der Rosenkranz. „Entscheidend bleiben Lautenstärkeregler und Frequenzkipper am Kopfhörer. Stichwort: Bewegungsfreiheit.“ Und die Location? „Am besten unter freiem Himmel, aber Indoor geht auch klar.“

Und auch im Zacher hat sich Einiges geändert. Seitdem der Besitzer gewechselt hat, bestreitet Rosenkranz neue Wege. Die neue Kopfhörerparty wird am 30. April ab 21 Uhr im und vor dem „Ulrich“ direkt im Zentrum des Bermuda3ecks stattfinden, veranstaltet von Sylvie Buschmann. „Zentraler und größer“, so Rosenkranz. Anson-



René Rosenkranz (aka DJ Renate von Rosen) holte 2009 die Kopfhörerparty nach Deutschland.

Foto: CMP

sten bleibt alles beim Alten. Die Kopfhörer werden für 5 Euro gegen Personalausweis oder Führerschein ausgeliehen. Dieses Pfandsystem habe sich bewährt, erklärt der DJ. „Ich kenne so Party-Pappenheimer, da ist schnell mal ein Kopfhörer weg.“

Kein Battle, kein Ballermann

Zeitgleich ist im Zacher eine Kopfhörerparty unter neuer Ägide geplant. Was in der Lokalpresse bereits zum großen „Battle“ hochstilisiert wurde, zieht Rosenkranz ganz entspannt. „Es ist genug für alle da. Wichtig ist doch, wer was auflegt.“ Und damit sind wir gleich beim wichtigsten Thema. Denn Kopfhörerparty ist nicht gleich Kopfhörerparty. Besonders trendy sind gegenwärtig House und Elektro. Doch Rosenkranz winkt gelassen ab. „Die haben das Prinzip nicht verstanden.“ Partyhits

seien der Schlüssel zum Erfolg. „Es darf ruhig mal peinlich sein, aber natürlich nicht Ballermann oder so. Es geht um Textsicherheit. Also Ärzte, Deichkind, Nirvana und auch mit Jackson habe ich gute Erfahrungen gemacht.“

Aha. Der Spaßfaktor steigt also mit dem Bekanntheitsgrad der Songs. Mit House und Elektro ist da nicht viel gewonnen. Denn das ist das Besondere an den Kopfhörerpartys: das Medium bestimmt den Inhalt. „Sobald die Leute einen Kopfhörer aufhaben, singen sie mit“, so Rosenkranz. „Und das ist halt der Spaß an der Geschichte.“

30. April ab 21 Uhr:
Sound in Silence, im und vor dem Ulrich (gegenüber Casablanca-Kino),
Facebook.com/soundinsilence

Die zweite Auflage des n.a.t.u.r. – Festivals in Bochum

Bochum blüht was

(mr) Blumen zersprengen den Asphalt, Bäume wachsen auf den Dächern, es keimt und sprießt, wohin das Auge sieht. So oder so ähnlich könnte es ab nächsten Monat in Bochum aussehen. Vom 11. bis zum 20. Mai findet dieses Jahr zum zweiten Mal das Festival n.a.t.u.r. in Bochum statt. „Natürliche Ästhetik trifft urbanen Raum“ lautet der Leitspruch der Veranstaltungen, die Kevin Kuhn und seine Kollegen von der Eventagentur Feel Vergnuegen organisiert haben. An elf Festival-Tagen wird es zahlreiche Pflanzaktionen, Ausstellungen, Konzerte, Theater, Vorträge, Lesungen, Workshops und natürlich Partys geben.



Mehr als Seed-Bombs und Moosgraffiti. In diesem Jahr kommt das n.a.t.u.r.-Festival mit großem Kulturprogramm daher.

Fotos: CMP/Chs

Worum geht es beim n.a.t.u.r. – Festival? Fragt man den Veranstalter Kuhn, so bekommt man eine recht esoterische Erklärung. „Es geht um Kreativität, Selbsterfahrung, das Sein des Menschen an sich. Wie kann der Mensch leben in der Stadt, wie kann er sein Umfeld gestalten und mit anderen Menschen in Kontakt treten“, so Kuhn. Wenn der junge Bochumer von der Idee des Festivals schwärmt, schimmert vor allem seine eigene Lebensauffassung in den Worten durch. Zum Beispiel, wenn er davon spricht, dass es bei dem Festival allgemein um Lebenserfahrung gehe und um „das Sein an sich“. Die Grundidee des Festivals ist vom Guerilla Gardening inspiriert, was dagegen eher bodenständig daherkommt.

Vor etwa einem Jahr ist die Idee zum Festival entstanden. Kuhn lernte Till Beckmann und Kolja Klar kennen. Sie erzählten von Guerilla Gardening und ihrem Projekt „Ruhrstadt Gartenmiliz.“ In Bochum und Umgebung haben Beckmann und Klar in diesem Namen immer wieder pflanzliche Interventionen vorgenommen. Kleine Maßnahmen sorgen für große Irritationen, wenn etwa aus einem aufgebrochenen

Stück Asphalt eine Sonnenblume hervorwächst. Kuhn war von dieser Thematik des Wechselspiels zwischen Natur und urbanem Raum begeistert, und so planten die drei eine gemeinsame Aktion. Aus dem Vorhaben, zunächst nur eine Abendveranstaltung zu organisieren und auf das Thema aufmerksam zu machen, wurde schnell ein Wochenend- und schließlich ein ganzes Wochenprogramm. Denn nachdem sich die Idee in den Bekanntenkreisen der drei Kulturschaffenden herumgesprochen hatte, wollten sich immer mehr Menschen mit eigenen Ideen an den künstlerischen Aktionen beteiligen. Sie pflanzten, diskutierten und feierten. Das n.a.t.u.r.-Festival war geboren.

Lag der Schwerpunkt der Veranstaltungen im ersten Jahr noch auf Pflanzaktionen und diversen Workshops, so gibt es dieses Jahr ein weitaus breiteres Programm. Der kulturelle Aspekt des Festivals wurde ausgebaut, weitere Kooperationspartner wie das Rottstr.5-Theater gewonnen. Durch Sponsoren wie die GLS Bank und die Stadtwerke Bochum konnte zudem die finanzielle Situation der Veranstalter

verbessert werden.

Veranstaltungsort sind nicht nur das Festivalzentrum in der Rotunde und der Bereich drum herum, sondern auch das Schauspielhaus Bochum und Räume in der Rottstraße. An diesen Orten finden in elf Tagen über 100 Aktionen statt. Highlights sind dabei neben den Kunstausstellungen und den drei großen Partys sicherlich die Schnippeldisko des Youth-Food-Movement auf dem Vorplatz des Schauspielhauses. Als Zeichen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln findet dort am 14. Mai eine riesige Kochaktion mit Produkten statt, die beispielsweise in Supermärkten als unverkäuflich in den Müll geschmissen werden, obgleich nur das gesetzliche Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen, die Ware aber ansonsten einwandfrei ist. Dass man mit Gemüse nicht nur kochen, sondern damit auch musizieren kann, das beweisen am selben Tag die Mitglieder des Wiener Gemüseorchesters. In den Kammerspielen des Schauspielhauses werden die BesucherInnen mit einem eigentümlichen Klangerlebnis und mit

einer selbstgekochten Gemüsesuppe versorgt. Aber auch auf die Inszenierung von Goethes Werther durch Hans Dreher darf man gespannt sein. Martin Bretschneider gibt den Werther, die Inszenierung des Rottstr.5-

Theaters feiert am 17. Mai in der Rotunde Premiere. Im Übrigen werden für Modenschauen von Öko-Labels wie dem Münsteraner Unternehmen „Know Me“ noch Models gesucht. InteressentInnen können sich bei den VeranstalterInnen melden.

Neben der thematischen Auseinandersetzung mit Natur, Stadt und den darin enthaltenen Möglichkeiten von Kunst und Kultur ist ein praktisches Ziel des n.a.t.u.r.-Festivals, einen Gemeinschaftsgarten in Bochum dauerhaft bespielen zu können. Und die Zeichen dafür stehen nicht schlecht. Durch das positive Feedback des vergangenen Festivals hat ein Privatmann Kontakt zu den Veranstaltern aufgenommen und einen verwilderten Garten in der Innenstadt zur Nutzung in Aussicht gestellt. Für die Festivalzeit sollte man Bochum aber ohnehin als großen Gemeinschaftsgarten begreifen.

:bsztermine

Mittwoch, 25. April

Poetry Slam

Der erste Dichterwettbewerb hat das KulturCafé fast zum Bersten gebracht: Nun geht die zweite Auflage des Slams mit Moderator Sebastian23 in die Startlöcher. Ob witzig, schräg oder höchstgradig poetisch verkitscht – der dichterischen Freiheit sind keine Grenzen gesetzt.
KulturCafé, RUB Campus
19.30 Uhr
Eintritt 2 Euro

Bingo im Freibad

Erstmalig findet am Mittwoch der Bingo-Abend mit Doris im Freibad statt. Zwischen Trash, Travestie und Spielvergnügen soll der Abend changieren. Passend dazu gibt es das Freibad-Bingo-Menü mit lecker Bockwürstchen.
20.30 Uhr
Freibad
Clemensstr. 2, Bochum
Bingo 3 Euro / Menü mit Bingo-Schein, Schluck und Schlemmerei 7,50 Euro

Donnerstag, 26. April

The First Rasta

Das Leben des Rastafari-Vertreters Leonard Percival Howell bannte Regisseurin Hélène Lee auf Zelluloid. Der Dokumentarfilm zeigt den Kampf der jamaikanischen Bevölkerung gegen die Unterdrückung durch Großplantagenbesitzern und das bewegte Leben des so genannten „First Rasta“ Howell.
Endstation Kino, Wallbaumweg 108
21 Uhr
Eintritt 7 Euro/ 6 Euro erm.

Freitag, 27. April

Über Sarrazin hinaus

Herausgeber Sebastian Friedrich, kritisch-lesen.de-Redakteurin Hannah Schultes und Regina Wamper vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung stellen den Sammelband „Rassismus in der Leistungsgesellschaft“ vor und setzen sich kritisch mit der Sarrazin-Debatte auseinander. „Die Beiträge geben Anstöße für den Alltag, die politische Praxis und die kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung“, um herrschende Macht- und Mediendiskurse zu hinterfragen.
19.30 Uhr
Soziales Zentrum Bochum
Eintritt frei

Bernd Begemann Solo

Fans der Hamburger Schule dürfen sich auf ein Pop-Konzert erster Güte freuen. Begemann singt Lieder zum Zeitgeist, verpackt in gefühlvolle Lyrik. Klanglich untermalt werden diese durch einen Genremix von 60s Beat, Musical Harmonien und der Singer-Songwriter-Tradition.
19.30 Uhr
Rottstr.5-Theater
Rottstraße 5, Bochum
12 Euro

Samstag, 28. April

Sai-Side Festival

Was im vergangenen Jahr als eine harmlose Geburtstagsparty startete, wurde überraschend zum Party-Geheimtipp. Auf der „Sai-Side“ um den Dubstep-DJ SaiMan ist für jedeN FeierwütigeN etwas dabei. Los geht's mit Hip-Hop live von u.a.: SBK Basement, Friendly Fire, HBB-Crew, Akzent One u.v.m. Die Barulheiros präsentieren ihre legendäre Trommelshow. Danach gibt's die volle Elektro-Packung: Dubstep von Nazca, Filthy Step, Bukez Finest u.a., Minimal Techno, Dub, Jungle und alles, was sonst noch grooved. Zur Stärkung werden leckere Burger angeboten.
17.00 Uhr
Hapa Haole
Dreerholz 43, Witten
Eintritt: 8 Euro

Ein Gesetz, das Angst macht

(Chs) In Spanien sollen bald nicht nur die bestraft werden können, die bei Protesten Straftaten begehen, sondern auch jene, die Demonstrationen initiieren, bei denen es zu Ausschreitungen kommt. Das spanische Innenministerium möchte das Strafgesetz ändern: Dann wäre es auch leichter möglich, Parteien und Gewerkschaften Fördermittel zu streichen, wenn ihre Veranstaltungen aus dem Ruder laufen. Im Extremfall könnten sie gar verboten werden. Dass Institutionen, die zu Demonstrationen aufrufen, für durch TeilnehmerInnen entstandene Schäden haftbar gemacht werden sollen, ist ein Paradigmenwechsel. Bisher waren politische Parteien und Gewerkschaften ausdrücklich davon ausgeschlossen. Bis Ende des Jahres ist geplant, die Gesetzesänderung umzusetzen. Bis zum Sommer will der Ministerrat entscheiden.



Grafiken wie diese kursieren derzeit verstärkt in Web und sozialen Netzwerken: „In diesem Land sind wir alle Kriminelle! *ich bin kriminell*“ Bild: Screenshot/Facebook

Die Arbeitsmarktreform sorgt in ganz Spanien für sinkende Löhne. Wegen der harten Sparmaßnahmen der Regierung sind in den vergangenen Monaten Hunderttausende auf die Straßen gegangen, um gegen die Zustände zu protestieren. In der Hauptstadt Kataloniens eskalierten die Demonstrationen. Alex lebt in Barcelona und war für einige Stunden mittendrin in einem dieser Kämpfe, zu denen es am 29. März in Barcelona kam. Er berichtet: „Wir haben uns gegen die Polizei verbarrikadiert. Sie haben uns mit Gewalt, genauer gesagt mit Gummigeschossen, von einem Platz vertrieben. Daraufhin wurde die Demonstration zu einer Art Guerilla und zog sich bis in die späte Nacht. Alles stand in Flammen und war mit Containern verbarrikadiert. Sie haben sogar ein Starbucks abgefackelt.“

Auch passiver Widerstand soll strafbar werden

Nach den Riots hat sich die Atmosphäre in der Stadt zwar langsam abgekühlt, aber

die Unzufriedenheit bleibt. Alex sagt: „Ich denke, das war nicht das letzte Mal. Es wird noch größere Auseinandersetzungen geben. Das war erst der Anfang. Es wird noch schlimmer werden. Ich weiß es.“

Regierung beschwört Bürgerkrieg

Spaniens Regierung, so scheint es, bereitet sich genau darauf vor. Denn in zunehmenden Maße beginnt die Regierung damit, die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden. Kurz zuvor hatte sie bereits angekündigt, auch „passiver Widerstand“ werde demnächst strafbar. Damit übt sie erheblichen Druck auf die BürgerInnen und Organisationen aus, die mithilfe von Demonstrationen auf die Armut und prekären Lebensbedingungen aufmerksam machen wollen. Außerdem wächst die Angst vor Strafen. Denn was üblicherweise mit einer Geldstrafe abgeolten wäre, soll nun in schweren Fällen

deutlich empfindlichere Strafen nach sich ziehen.

Innenminister Jorge Fernández Díaz rechnet offenbar mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Auch passiver Widerstand sei ein Angriff auf das System und die Staatsgewalt, so die Argumentation. Das Strafmaß beginnt mit Haftstrafen ab zwei Jahren Gefängnis. Derselben Meinung wie Fernández Díaz scheint auch der Innenminister der Autonomieregierung Kataloniens Felip Puig zu sein, der sagte: „Wir brauchen ein System, das den Demonstranten Angst macht.“ Demonstrationen, die „die öffentliche Ordnung stören“, sollen künftig als Delikte behandelt werden. Der Staatssekretär im spanischen Innenministerium Ignacio Ulloa Rubio erklärt: „Wenn die Täter zu einer Partei, einer Gewerkschaft oder anderen Vereinigungen gehören, werden die juristisch verantwortlichen Personen dieser Institutionen nicht nur zivilrecht-

lich, sondern auch strafrechtlich dafür haftbar gemacht.“ Die Organisationen sollen so gezwungen werden, zu kontrollieren, was bei ihren Protestaktionen geschieht, die sie initiiert haben, lautet die staatliche Argumentation. Dass dies gerade bei großen Sozialprotesten faktisch unmöglich ist, liegt auf der Hand. Außerdem ist problematisch, dass Auslegung und Interpretation der Ereignisse durch die neuen Möglichkeiten der Kriminalisierung zukünftig noch stärker in den Händen der Behörden liegen sollen.

Gefängnisstrafen für Facebook-Postings?

Da sich viele Proteste über soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook organisieren, geraten derzeit auch sie in den Fokus der Regierung. Wer etwa auf Facebook zu gewalttätigen Protesten aufruft, soll in Zukunft „dieselbe Strafe bekommen wie jemand, der einer kriminellen Vereinigung angehört“. Somit müssen die Verantwortlichen nun bei jeder Protestaktion fürchten, bereits mit einem Bein im Gefängnis zu stehen - eine nicht ganz ungewollte Form politischer Einschüchterung, wie KritikerInnen meinen. Nach einer ähnlichen Logik sollen außerdem Eltern noch stärker für angeblich von ihren minderjährigen Kindern verursachte Schäden haftbar gemacht werden.

Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

Dass die erst vor fünf Monaten gewählte rechtskonservative Regierung nun so stark in das Strafrecht und in demokratische Freiheitsrechte eingreift, damit hatten viele SpanierInnen nicht gerechnet. Gleichwohl ist nicht unwahrscheinlich, dass die Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit eine Mehrheit im Parlament finden könnten. Bei den Wahlen im November hat die postfaschistische Partido Popular das beste Ergebnis ihrer Geschichte und eine komfortable absolute Mehrheit erreicht.

bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Dirk Loose, Christian Volmering u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Karsten Finke (fik), Nadine Hemgesberg (nh), Martin Niewendick (Mnd), Carsten Marc Peffer (CMP), Michael Reiners (mr), Chantal Stauder (Chs), Rolf van Raden (rvr), Dennis Evers (de).
V.i.S.d.P.: Michael Reiners (Anschrift s. o.)
Auflage/Druck: 3.000, Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de

Nerd m(

(CMP) „Avanti Dilettanti“, so titelt der Spiegel diese Woche, will meinen: Die Jagd ist eröffnet. Die mediale Omnipresenz der Piratenpartei in den letzten Monaten rächt sich jetzt. Merke: Hochgeschrieben wird nur noch, was man später kleinhacken will. Ein fein kalkuliertes Tagesgeschäft, älter noch als Springer. Und zugegeben: Die Piraten machen es den MedienverwerterrInnen auch wirklich leicht. NSDAP-Vergleiche und so. Ja wie bescheuert muss man eigentlich sein?! Dazu ein Hauen und Stechen um Bundesposten. Allerdings unter verkehrten Vorzeichen. Eine gute Public Relation gilt als kontraproduktiv. Und wer sich heute noch zu Anne Will traut, kann morgen schon via Mausclick abgesägt werden, weil ein einziges Gesicht natürlich niemals basisdemokratisch senden kann. Kann ja noch als konsequent durchgehen. Dann aber, nur drei Tage später, ein Brandbrief der Jugendorganisation: Sexismus-Vorwürfe. Liquid Flow und Gegenstromkühlung. Avanti Dilettanti. Die Abwärtsspirale scheint unaufhaltsam. Rekapituliert man, was in den vergangenen vier Wochen über die Piratenpartei publiziert wurde, so kommt man unweigerlich zu dem Ergebnis, dass es sich um ein Sammelbecken von rechtsoffenen und unterfickten Vollidioten handelt, die zwar keine Ahnung vom Leben haben, aber dafür prima mit ihrem PC umgehen können. Ja kann das denn wirklich sein? Oder ist das bereits der Generationenkonflikt der Digital Natives? Und wenn ja, warum kommt er so früh. Früh genug jedenfalls, um die abtretenden Baby-Boomer und 68er zu irritieren. „Die sind ja gar nicht links“, skandieren die Grünen. Und es ist wiederum die Spiegel-Redaktion, die sich nicht entblöden kann, fünf Minuten mit einem gehetzten Enzensberger zu telefonieren, um daraus die große Künstler-gegen-Piraten-Kampagne zu machen. - Hallo?! Kann man die denn nicht etwas eleganter absägen? Immerhin kommen die nach jüngster Forsa-Umfrage (18. April 2012) auf 13 Prozent. Schon spekuliert man, ob das reaktivierte NichtwählerInnen oder einfach nur ProtestwählerInnen seien. Bald wird man spekulieren, ob ProtestwählerInnen überhaupt als unpolitisch bezeichnet werden dürfen. Ein heilloser Durcheinander. Und alles so rasend schnell. Wann kam nochmal der „Nerd“ in der Mitte der Gesellschaft an? Richtig: Gestern. Aber zwischen gestern und heute sind gefühlte zwanzig Jahre vergangen. Gerade hatte man sich an Marina Weisband gewöhnt, schon ist die wieder weg, jetzt kommt Jasmin Mauerer aus dem Saarland, über die man aber nichts weiß, aus oben beschriebenen Gründen. Herrje. Wie lange waren die Piraten eigentlich cool? Element-of-Crime-Fans würden natürlich sagen, bis vor vier Wochen, als Sven Regener im Bayerischen Rundfunk sein wütendes Bekenntnis zum Urheberrecht abgab. „Man pinkelt uns ins Gesicht!“ Und jetzt wird kräftig nachgelegt. Vorbei sind die Zeiten, als man glaubte, mit der Meinungbildungssoftware „Liquid Feedback“ ein geeignetes basisdemokratisches Instrument gefunden zu haben, heute will man lieber nicht mit „Kim Dotcom“ in einen Topf geworfen werden. Vor allem nicht Jan Delay, der unlängst in einem Streitgespräch mit Christopher Lauer (Innen- und kulturpolitischer Sprecher der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin) ganz klar Kante zeigte. Wer Angst habe, gegen den Zeitgeist, für ein Urheberrecht der KünstlerInnen einzutreten, sei vor allem eins: „schwanzlos“. Wie schön, dass bereits morgen Alles schon wieder ganz anders sein wird. Denn man kann von den Piraten halten, was man will. Der Unterhaltungsfaktor ist immens.

- Anzeige -

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum

vom 30.04. bis 04.05.2012

Das AKAFÖ im Web z. o.:
Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Graupeneintopf Bockwurst Brötchen (R,S) ▶ Blaubeerpfannkuchen mit Vanilleeis (V) 	Geschlossen Maifeiertag	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kartoffel-Möhreneintopf mit kleinen Frikadellen (S) ▶ Spaghettinigratin dazu ein Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hirtenpfanne mit Hähnchenfleisch Salat (G) ▶ Gemüse-Nudelauflauf Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Moussaka mit Rindfleisch und einem Salat (R) ▶ Scharfe WOK-Gemüsepfanne mit einem Salat (V)
Komponentenessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hähnchenschnitzel „Formaggio“ mit Kräutersauce (G) ▶ Blumenkohlkäsebratling mit Kräutersauce (V) 		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hirtenkrüstchen mit Tsatsiki (R) ▶ Kohlroulade vegetarisch mit Kümmelsauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Rinderroulade mit Rouladensauce (R,S) ▶ Vegetarische Bratwurst mit Curryketchup (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fisch Speiß mit Sauce „Hollandaise“ (F) ▶ Panierte Champignons mit Kräuter Quark Dip (V)
Aktionen 3,30-6,50	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Farfalle Nudeln mit einer Lachs- Broccoli-Sauce dazu ein Salat der Saison (A,F) 		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schweinefleischspeiß mit Paprikatopping dazu Kartoffelgratin und Salat (S) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Gebratenes Rinderhacksteak „Mexico“ mit Kartoffelcken und Salat (R) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Putensteak natur mit glacierten Zwiebeln, Röstiecken und Salat (G)
Beilagen 0,60-0,70 €	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bio Kartoffeln ▶ Vollkorn Spaghetti ▶ Finger Möhren ▶ Siamgemüse 		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kartoffelpüree mit Röstzwiebeln ▶ Basmatireis ▶ Balkangemüse ▶ gebratene Champignons 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bio Salzkartoffeln ▶ Makkaroni ▶ Blumenkohl ▶ Erbsen natur 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kroketten rund ▶ Sesam Reis ▶ Blattspinat ▶ Kohlrabigemüse
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Frikadelle mit Kartoffeln, dazu Kohlrabi-rahmgemüse (S) ▶ Fruchtiges Hähnchen-curry mit Sesam Reis und Salat (G) 		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schweinerückensteak „Italia“ mit Ratatouillegemüse und Gnocchi (S) ▶ Frisches-Wok-Gemüse mit gebratenen Nudeln und Paprika-Zucchinisalat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Seehecht im Knuspermantel mit Tomaten-Apfel Sauce, Paprika-Sprossen Gemüse und Reis (F) ▶ Rumpsteak mit Sour-creme-Dip, Crinkel Wedges und Tomatensalat (R) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hähnchenschnitzel mit Zwiebelsauce dazu Butterreis und Mischgemüse (G) ▶ Salzbraten mit Warmen-Kartoffelsalat mit Speck und Eisbergsalat (S)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

▶ **AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK**
WWW.AKAFOE.DE